



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Massenentlassungen im Haus der Kunst verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung möge sich dafür einsetzen, dass sich ihre Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat des Haus der Kunst gegen die angekündigten Entlassungen aussprechen.

Begründung:

Im Juli wurde in der SZ über die Absicht der Geschäftsführung des Haus der Kunst berichtet, 48 Personen – knapp 2/3 der Belegschaft des Haus der Kunst zu entlassen und ihre Tätigkeit in die Hände einer Fremdfirma zu legen. Viele der von Entlassung Bedrohten sind seit 15 - 20 Jahren, einige sogar länger als 20 Jahre im Haus tätig. Die Entscheidung zum Outsourcing beruht auf einer hausintern durchgeführten, intransparenten und nicht veröffentlichten Wirtschaftlichkeitsprüfung, nicht auf nachvollziehbaren Gutachten unabhängiger Sachverständiger.

Bewusst entschied man sich am Haus der Kunst Mitte der 90er Jahre den externen Museumswachdienst durch museumseigene Aufsichten zu ersetzen. Die Entscheidung des damaligen Direktors Vitali war auch eine Reaktion auf die Geschichte des Ausstellungshauses. „Individualität statt Uniform“ – dieses Konzept wurde von den nachfolgenden Direktoren stringent fortgeführt. Die hausinternen Aufsichten sind seither das Gesicht des Haus der Kunst. Es finden sich promovierte Kunsthistoriker, Absolventen und Absolventinnen von Kunstakademien, Schauspielerinnen und Schauspieler, Künstlerinnen und Künstler, Theatermacherinnen und Theatermacher unter den 48 Betroffenen. Sie prägen das Profil des Hauses mit Fachwissen, Loyalität und Serviceorientiertheit entschieden mit: Das Haus wurde und ist dank dieses Gesichts ein offenes, liberales Zentrum der Gegenwartskunst.

Künstlerinnen und Künstler, die eine jahrelange gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindet, wie Ai Wei Wei oder Ei Anatsui, unterstützen die Forderungen der Belegschaft. Die Staatsregierung muss sich umgehend in diesen Unterstützerkreis einreihen und alles in ihrer Macht Stehende tun, um Schlimmstes zu verhindern. Die Rolle der Staatsregierung im Aufsichtsrat der GmbH „Stiftung Haus der Kunst“ ist hierfür zu nutzen.